

BOTSCHAFTERTAGUNG 1969

Referate

von

Herrn Bundesrat Dr. W. Spühler

"Die drei Herausforderungen unserer Zeit"

"Das Verhältnis der Schweiz zu den
Vereinten Nationen"



Botschafterkonferenz 1969Die drei Herausforderungen unserer Zeit

Referat von Bundesrat Dr. W. Spühler
an der Sitzung vom 3. September 1969

Wenn wir die Traktanden der diesjährigen Botschafterkonferenz durchgehen, erkennen wir drei Schwerpunkte.

Zu Beginn der Tagung wird in einer ersten allgemeinen Aussprache der Versuch unternommen, die global auftretenden, politisch wirksamen Erscheinungen, Kräfte und Tendenzen zu erkennen, während am Schluss der Konferenz das Spannungsfeld zwischen den drei Supermächten USA, Sowjetunion und China einer kritischen Analyse unterzogen werden soll. Im Rahmen dieser beiden Erörterungen werden einzelne für unser Land besonders bedeutungsvolle Fragen eine besondere Beachtung finden. Dazwischen werden wir über die wirtschaftliche Situation unseres Landes orientiert werden und uns über den gegenwärtigen Stand der europäischen Integration, von der Schweiz aus gesehen, aussprechen können. Der Bogen aller dieser Fragen ist also sehr weit gespannt, und es wird deshalb nicht leicht sein, die Diskussion nach den Kategorien der Fragen säuberlich getrennt zu führen.

Mit meinen heutigen Ausführungen will ich versuchen, einige Erscheinungen und Tendenzen aufzuzeigen, die die politische Situation unserer Welt in ihrer Gesamtheit beeinflussen und Entwicklungen möglich erscheinen lassen, deren Ausgang wir teilweise noch nicht genügend zu erkennen vermögen. Der Versuch, diese Erscheinungen und Kräfte zu gruppieren und auf gemeinsame Nenner zu bringen, kann gewisser Vereinfachungen und Schematisierungen nicht entraten. Die Diskussion mag zeigen, wie weit Verzerrungen, wie weit Verdeutlichungen sich dabei ergeben.

Ich bin mir dieses Risikos bewusst, wenn ich sage, dass wir heute drei grossen Kategorien von Herausforderungen gegenüberstehen, die voneinander sehr verschieden und die doch miteinander eng verbunden sind, sei es in ihrem innern Wesen, sei es in den Konsequenzen, zu denen sie führen.

Die erste Herausforderung ist eine zweifache; nämlich jene, die sich gegen die gegenwärtige Verteilung von Macht und Wohlstand in der Welt und gegen die bestehende soziale und politische Ordnung der abendländischen Zivilisation wendet. Es ist einerseits die Revolte der Dritten Welt und andererseits die Kontestation der Jugend, der "neuen Linken" im Westen.

Die zweite Herausforderung richtet unsere Zivilisation an sich selber: die rasche Entwicklung nämlich, welche ihr durch die wissenschaftlichen Entdeckungen und Eroberungen aufgezwungen wird.

Endlich gibt es die dritte, bei weitem bekanntere, herkömmlichere Herausforderung durch die politischen und wirtschaftlichen Rivalitäten zwischen Grossmächten, also der Kampf um die Macht, die Herrschaft, die Hegemonie - mit seiner Bedrohung des Friedens in der Welt.

I. Revolte und Kontestation

Gestatten Sie mir nun, mich der ersten Herausforderung zuzuwenden, die ich unter der Bezeichnung Revolte und Kontestation zusammenfasse und worunter ich die Revolte der Dritten Welt und die Kontestation der Jugend, der neuen Linken des Westens verstehe. Auf den ersten Blick mag es scheinen, dass zwischen diesen beiden Herausforderungen kaum ein Zusammenhang bestehe. Wir werden aber sehen, dass dieser Zusammenhang auf weite Strecken doch vorhanden ist.

Mit der Beschränkung auf diese beiden Arten der Revolte sei nicht geleugnet, dass nicht auch andere, offene oder latente, revoltierende Kräfte und Bemühungen vorhanden seien. Aber diese treten nicht im Weltmassstab auf und stellen als solche keine Bedrohung unserer

Zivilisation dar. Ich denke dabei an jene Revolten, die sich gegen nationale Gewaltherrschaft oder fremde Unterdrückung richten, wie sie einerseits in den Oppositionsbewegungen in Spanien, Portugal und Griechenland und andererseits im Befreiungswillen in Osteuropa zum Ausdruck kommen.

Diese Tendenzen haben unter anderem wirtschaftliche und soziale Motive, den Wunsch nach besseren Lebensverhältnissen; vor allem aber ist ihnen ein politischer Charakter, das Streben nach Freiheit eigen.

Im Süden Europas sind es alte oder neue Diktaturen, die dem demokratischen Freiheitswillen im Wege stehen, und im Osten unseres Erdteils sind es der sowjetische Gewaltgriff und die Unterwerfung der an der Macht befindlichen Regierungen unter den Willen Moskaus.

Die Lage im Süden Europas ist erheblich weniger dramatisch als im Osten, weil es sich um eine innere Angelegenheit der betreffenden Länder handelt, und weil die dortigen Entwicklungen das Kräftegleichgewicht zwischen den grossen Mächten nicht unbedingt in Frage stellen.

Dagegen wäre die Liberalisierung der Länder Osteuropas ein ernster Schlag für die Sowjetunion, weshalb diese nicht davor zurückschreckt, zur Gewalt zu greifen. Da der Kreml über eine erdrückende militärische Ueberlegenheit verfügt, ist es ihm bis jetzt gelungen, alle Regungen eines Freiheitswillens zu brechen. Es ist zu befürchten, dass diese Situation so lange andauern wird, als sich in Moskau nicht tiefgreifende Aenderungen vollzogen haben - also bis die Sowjetunion selber sich in einem Liberalisierungsprozess befindet. Für den Augenblick ist kein Anzeichen dafür wahrzunehmen.

Der ersten Herausforderung, der Revolte der Dritten Welt, liegt als Ursache das Bewusstsein einiger offenkundiger Tatsachen zugrunde: die Bevölkerungen sind arm, die Länder mangelhaft ausgerüstet, die Entwicklungsbemühungen wenig ergiebig, während die Mehrzahl der Nationen der nördlichen Erdhalbkugel eine Wohlfahrt kennt, die bedeutend schneller zunimmt als das Elend im Süden abnimmt.

Die äussere Expansion des Westens hat in den letzten zwei Jahrhunderten auf dem ganzen Erdball die traditionellen Gesellschafts-

formen, die andere Kulturen geschaffen hatten, zersetzt. Die Austreibung der Westmächte aus den ehemaligen Kolonialgebieten in den letzten Jahrzehnten hat diese zersetzenden Wirkungen nicht rückgängig gemacht und die neuen Nationen vor Probleme der "Modernisierung" gestellt, die sich in den meisten Fällen als weit schwieriger erweisen, als sie erwarteten. Die klassischen Bemühungen nationaler Befreiung vom Kolonialismus hatten meist zum Ziele, das eigene Land ebenso reich und mächtig zu machen wie seine früheren westlichen Herren es sind. Deshalb war man zunächst vielfach der Auffassung, das Ziel der Modernisierung erfordere eine mindestens teilweise Nachahmung des Westens, wenn auch oft mit institutionell verschiedenen Mitteln, z.B. Industrialisierung nicht durch freie Unternehmerinitiative, sondern mit Hilfe staatlicher Planung, oder politische Mobilisierung der Massen durch Einparteiherrschaft statt durch den Wettbewerb einer Mehrzahl von Parteien. Doch jetzt sieht es so aus, als ob in einzelnen Ländern, deren "Entwicklung" in diesem Sinn sich als besonders schwierig erweist, wesentliche Aspekte des Zieles selbst zunehmend in Zweifel gezogen werden. In vielen Fällen wird das westliche Vorbild als solches völlig abgelehnt, um das Eingeständnis des Scheiterns und die Enttäuschung der geweckten Hoffnungen zu umgehen.

Die Ablehnung ist begleitet mit heftigsten Vorwürfen an den Westen, der die notwendige Entwicklungshilfe in ungenügender Quantität und Qualität leiste. Aus dieser Situation und Gefühlslage heraus ergibt sich auch eine permanente innere Unruhe, die sich in eine Ablehnung gegen das gerade herrschende nationale Regime steigert. Dieses wird verdrängt durch ein neues Regime, das auf die gleichen Schwierigkeiten stösst und sehr bald neuen Revolten ausgesetzt ist.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Revoltierenden sich im allgemeinen nicht mehr auf ein bereits bestehendes Modell beziehen. Die Doktrinen haben sich entwertet, das von den grossen Revolutionären gegebene Beispiel zündet nicht mehr. Die sowjetische Form des Kommunismus ist in Verruf gekommen; die maoistische Form erscheint unanwendbar ausserhalb der chinesischen Grenzen, die Entwicklung in Kuba erhöht das Ansehen Fidel Castros nicht, und Nasser untergräbt selbst das

Bild des "Nasserismus". Was das amerikanische oder westliche Vorbild anbetrifft, so erscheint es unerreichbar.

Mit anderen Worten: es herrscht eine Atmosphäre des Umsturzes, aber die hinter dem Wunsche nach Zerstörung stehenden aufbauwilligen Kräfte sind fast ebenso mannigfaltig und verschieden geartet wie die Länder auf der Erde selbst. Auch wenn die Welle der Revolten sich all-gemein ausbreitet und dazu neigt, heikle und beängstigende Probleme hervorzurufen, so wird sie doch wohl höchstens nationale Formen annehmen, die in jeder Region verschieden sind und vielgestaltigen Kriterien unterliegen, die voneinander unabhängig sind und einander vielleicht widersprechen.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass in verschiedenen Gebieten der Dritten Welt, ganz besonders in Afrika und in Lateinamerika, eine Regierung nach der andern stürzen wird, dass hier an die Stelle einer Gewaltherrschaft eine Diktatur tritt, dort an die Stelle eines Generals ein Oberst.... Diese im Gange befindlichen oder künftigen Revolutionen scheinen aber nicht so geartet, dass sie einer der grossen kommunistischen Mächte von besonderem Nutzen wären, und es ist nicht sicher, dass sie alle den Vereinigten Staaten zum Nachteil gereichen, da diese ja doch einen grossen, zahlungsfähigen Markt anzubieten haben, Lebensmittel und Getreide liefern können und gewaltige Möglichkeiten materieller und intellektueller Investitionen besitzen.

So wie die neuen revolutionären Bewegungen der letzten Jahre in den unterentwickelten Ländern, der Castrismus und der Maoismus und ähnliche Erscheinungen, einen Durchbruch des unmittelbaren Utopismus und des unmittelbaren Gewaltkultes darstellen, so wie sie eine Ablösung der Revolution von jeder konkreten sozialen Basis vertreten und sich damit in Gegensatz zum Marxismus und selbst zum Kommunismus Leninscher Prägung stellen, indem sie behaupten, dass bewaffnete Minderheitsreaktionen für sich allein hinreichen würden, um eine revolutionäre Situation zu schaffen, so sehr verwerfen die Bewegungen der Jugend und der neuen Linken im Westen den Marxismus mit seinem Glauben an die Rationalität der Geschichte und an den Zusammenhang zwischen der fortschreitenden Industrialisierung, dem Anwachsen der

Arbeiterklasse und dem utopischen Ziel. Wir stehen vor einem Rückfall in eine primitive Art von Diesseitsreligion, die von der marxistischen nicht weniger verschieden ist als der Glaube der Wiedertäufer von Münster von der Hauptströmung des abendländischen Christentums. Dieser Rückfall zur Unmittelbarkeit der Utopie und der Gewalt verbindet die gegenwärtige neue Linke historisch gesehen mit dem romantischen Widerstand früherer Jahrzehnte gegen das Vordringen der mechanisierten Industrie und gegen die Zerstörung sogenannter natürlicher Gemeinschaften der menschlichen Gesellschaft. Die Verwerfung der modernen Industriegesellschaft bildet das engste Band zwischen der neuen Linken im Westen und einigen der revolutionären Bewegungen der armen Nationen.

Wir haben die Kontestation im Mai 1968 in Frankreich am Werk gesehen und vorher in Deutschland, den Niederlanden und Skandinavien. Heute scheint sie vor allem in Italien, den Vereinigten Staaten und Japan weiterzugehen. Sie nimmt vielfältige Formen an, stellt mannigfache Forderungen und sucht sich mit andern Kräften, die ebenfalls Forderungen stellen, zu verbünden. Sie bricht überall da hervor, wo das Lebensniveau gehoben ist und der Wohlstand zunimmt. Sie geht aus dem allgemeinen Wohlstand hervor und protestiert gegen diesen Wohlstand. Sie empört sich angesichts eines scheinbaren oder wirklichen Widerspruchs zwischen den sittlichen Werten, einem gewissen Bild vom Menschen und der Richtung, welche die Zivilisation zu nehmen scheint. Sie ist der Ausdruck der Verwirrung der Jungen angesichts einer sehr raschen Entwicklung und angesichts neuer, noch nicht erkennbarer Lebensweisen. Sie kennzeichnet den Uebergang von der industriellen Zivilisation zur künftigen, wissenschaftlichen Zivilisation, deren Gefüge noch in Bildung begriffen ist. Man weiss nicht, wie das Morgen sein wird, befürchtet aber, dass die Zukunft nur eine Projektion der übelsten Seiten der heutigen Gesellschaft sei. Die Revoltierenden weigern sich, von der künftigen wissenschaftlichen Zivilisation etwas wirklich Gutes zu erwarten.

Die Beschleunigung des technischen Fortschrittes und damit der Veränderung von Gesellschaftsstruktur und Lebensgewohnheiten in

den letzten Jahrzehnten hat in vielen westlichen Ländern ein intensives Gefühl moralischer Unsicherheit und wachsender Sinn- und Ziellosigkeit erzeugt. Dieser Fortschritt hat zwar ein nie dagewesenes Mass von relativem Wohlstand geschaffen, hat die Stabilität der Beschäftigung gebracht und Lebensstandard, Freizeit und soziale Sicherheit für so breite Schichten wesentlich verbessert, dass die traditionellen Klassenkonflikte ihre revolutionäre Kraft verloren haben. Doch dieser enorme Wohlstandszuwachs hat sich auf die Erzielung individueller, materieller Vorteile konzentriert, während gleichzeitig das Gefühl der Verantwortung für gemeinsame Aufgaben in steigendem Masse verloren gegangen ist.

Viele junge Menschen empfinden daher einen akuten moralischen Konflikt zwischen den Idealen, die man sie gelehrt hat und dem Konformismus einer materialistischen Konkurrenzgesellschaft, einen Konflikt, der um so unlösbarer erscheint, weil die Gesellschaft, die sie als sinn- und ziellos verwerfen, technisch gut funktioniert und von der grossen Mehrheit der Erwachsenen anscheinend fraglos akzeptiert wird. Doch wo unerträgliche moralische Konflikte nicht aus den Sonderproblemen des Einzelnen, sondern aus der Krise einer Kultur entstehen, ist die Antwort immer ein Aufwallen utopischen Glaubens gewesen - eine kollektive Flucht in den Traum von einer vollkommenen Gesellschaft, in der jeder Konflikt von vornherein ausgeschlossen ist.

Die Rebellion der Jungen in den fortgeschrittenen Ländern des Westens ist nicht in erster Linie ein politisches Phänomen, sondern Anzeichen einer Krise unserer Kultur. So wie der Westen keine genügende Assimilationskraft gegenüber den armen, unterentwickelten nicht-westlichen Völkern aufbringt, so steckt er in einer Krise seiner Fähigkeit, der eigenen Jugend sein kulturelles Erbe zu übermitteln.

Welches sind nun die politischen Aussichten dieser Revolte in der Dritten Welt und dieser Kontestation im Westen? Beide Arten von Auflehnung haben nur das eine gemeinsam, dass sie die so ungewisse, brüchige Stabilität der Nachkriegswelt in Frage stellen. Es ist eindrücklich, ihrer Gleichzeitigkeit inne zu werden und festzustellen,

dass fast überall auf der Erde die Ordnung bedroht ist, und dass es wenige Regierungen gibt, für deren Langlebigkeit man eine Wette eingehen möchte.

Andererseits besteht die Neuartigkeit der neuen Bewegungen darin, dass die Revoltierenden zwar wissen, was sie nicht wollen, aber dass sie sich weit weniger darüber im klaren sind, was sie eigentlich wünschen. Sie fordern eine Aenderung, gehen aber über deren Art in ihren Ansichten weit auseinander. In den armen und unterdrückten Ländern sehen sie den Wohlstand und die Unabhängigkeit als Ziel vor sich, aber selten die Freiheit. In den reichen und freien Ländern klagen sie den Ueberfluss an.

Die wirkliche Bedrohung im Westen liegt nicht darin, dass die jungen extremistischen Contestataires "die Macht übernehmen", wie man so sagt. Sie können nicht einmal die Universitäten übernehmen. Aber sie können diese lähmen und in manchen Fällen zerstören, indem sie die Atmosphäre der Toleranz und der rationalen Diskussion zerstören, ohne die der Geist nicht atmen kann. Sie können auch einen Rechtsextremismus provozieren, der ihnen helfen wird, das Funktionieren der Demokratie zu stören und die konstruktive Lösung dringender Probleme zu verhindern. Diese Gefahr besteht. Ich halte die Kontestation aber trotzdem nicht für eine Erscheinung von Dauer. Ohne sie für bedeutungslos zu erachten, glaube ich, dass es möglich sei, sie zu bewältigen, sofern die heutige Führung der westlichen Gesellschaft auf die eigentlichen Gründe der kulturellen Krise nicht einfach negativ reagiert.

Bei der Revolte der Dritten Welt auf der andern Seite können Maoismus und Castrismus meines Erachtens nur geringe Anziehungskraft ausüben. Immerhin wird diese Herausforderung so lange andauern wie die Unterentwicklung, das heisst während Jahrzehnten. Aber im Augenblick sieht man nicht, dass diese Revolte eine globale Wendung nähme; es ist nicht die koordinierte und systematische Revolution des verelendeten Südens gegen den reichen Norden. Sie könnte es vielleicht werden, wenn ein Führer von grosser Begabung und persönlicher Ausstrahlung aufträte, der alle diese brodelnden Kräfte in Bewegung zu bringen vermöchte.

Dies ist der Grund, weshalb die Hilfe an die Dritte Welt einer politischen Notwendigkeit entspricht und nicht nur eine sittliche Forderung ist. Die entwickelten Länder haben noch während einer gewissen Zeit die Möglichkeit, den anderen zu helfen, in das Stadium des wirtschaftlichen "Ingangbringens" einzutreten, ihnen genügend Gründe zur Hoffnung zu geben, damit sie der Versuchung des Umsturzes entgehen. Ihr Beitrag ist nicht umsonst; ich möchte zum Beweise nur das Problem des Getreides anführen, dessen grosse Knappheit jetzt überwunden zu werden scheint; dank ausgewähltem Saatgut und fortschrittlichen Anbaumethoden erfährt auch die Produktivität der Entwicklungsländer eine gewaltige Steigerung.

Die Hilfe an die Dritte Welt ist auch ein politisches Gebot für die kleinen Industriestaaten und insbesondere für die Neutralen. Ihre Beteiligung ist unerlässlich, wenn sie ihre Stimme an den internationalen Versammlungen angehört wissen möchten, wenn sie um ihren Rat befragt werden und als ein tätiges, vollwertiges Element der Weltgemeinschaft gelten wollen. Wenn sie davon absähen, bei der allgemeinen Anstrengung der Solidarität das ihre beizutragen, so würden sie in die Isolierung geraten.

II. Die Herausforderung der Wissenschaft

Zu der Herausforderung von seiten der Kontestierenden und der Revoltierenden, die uns ebenso angeht wie die übrige Welt, gesellt sich eine zweite, die mit der ersten aufs engste verknüpft ist. Es ist die Herausforderung von seiten der Wissenschaft.

Wir sind ins wissenschaftliche Zeitalter eingetreten. Dessen wurden wir uns sogar physisch bewusst in der Nacht vom 21. Juli, als wir sahen, wie Menschen auf dem Monde herumhüpften. Obwohl diese erklärt haben, sich im Namen der ganzen Menschheit dorthin zu begeben, obgleich europäische und sogar schweizerische Gelehrte zu ihrem Erfolge beitrugen, Unternehmungen unseres Erdteils und unseres Landes Geräte oder Instrumente lieferten, handelte es sich doch um ein amerikanisches Abenteuer, das von den Vereinigten Staaten gewollt,

- 10 -

finanziert und geleitet worden ist. Und die USA sind noch weiter voran, als es das Apollo-Unternehmen erkennen lässt.

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der französischen Zeitung "Le Monde" weist darauf hin, dass die Amerikaner zur Beschaffung des Apollo-Materials aus dem grundlegenden Wissen schöpften, über das sie bereits verfügten, als das Programm richtig in Gang kam, nämlich zu Beginn des Jahrzehnts. "Im Jahre 1961", schreibt er, "konnte man in den Werkstätten der Firma Rocketdyne die Motoren sehen, mit denen jetzt die Saturn-Rakete ausgerüstet ist. ... Bei der gleichen Firma sieht man heute die Supermotoren, die für die Raumfahrzeuge von morgen bestimmt sind." Und er fügt bei: "Wenn wir so unseren heutigen technologischen Stand mit dem vergleichen, was wir für denjenigen der Vereinigten Staaten halten, der aber für diese in Wirklichkeit bereits der Vergangenheit angehört, und wenn wir nicht begreifen, dass die USA einen neuen Sprung nach vorwärts vorbereiten, so laufen wir Gefahr, dass der Graben, der den alten Erdteil mit all seiner Kultur von der Neuen Welt mit ihrer Leidenschaft für das Risiko oder ihrer Methode des Risikos trennt, sich verbreitert." Soweit der französische Journalist.

Kaum haben uns die Leistungen des Apollo-Unternehmens den Atem verschlagen, und schon vernehmen wir, dass eine noch sehr viel fortgeschrittenere Technologie bereitsteht, die uns noch mehr in Erstaunen versetzen wird. Aber nicht hierin ist die amerikanische Herausforderung am eindrucklichsten. Sie ist es vielmehr in der Fähigkeit, ein derartiges Unternehmen auf die Beine zu stellen und zu organisieren und in anspruchsvollem Suchen eine immer vollkommenere "Fiabilität" oder "Zuverlässigkeit" zu erreichen.

Ueber den ersten Punkt, den der fortgeschrittenen Technologie, ist wohl schon alles gesagt worden. Aber auch der zweite ist aussergewöhnlich. Durch die Methode eben dieser "Fiabilität" gelangen die Wissenschaftler dazu, sich all das vorzustellen, was nicht in Ordnung gehen könnte, an alle Möglichkeiten von Unfällen, schlechten Funktionierens, unrichtig gewählter Zeitpunkte und anderer unvor-

- 11 -

gesehener Schwierigkeiten zu denken und die Mittel und Mechanismen zu erfinden, welche selbsttätig die Fehler berichtigen und einen neuen Weg eröffnen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Wie der Organismus spontan die Krankheit bekämpft, so stellt sich die Maschine selber wieder richtig ein.

Die wissenschaftlichen Kommentatoren scheinen davon überzeugt zu sein, dass die Methoden der Fiabilität künftig auch auf die übrigen Gebiete der Wissenschaft und der Industrie angewandt werden und angewandt werden müssen, wodurch unsere Art des Planens, Entwerfens und Durchführens rasch zu veralten droht.

Was in den Vereinigten Staaten vor sich geht, wird zweifellos auch in der Sowjetunion geschehen. Wenn die Sowjets auch noch nicht auf dem Monde gelandet sind, so haben sie nichtsdestoweniger im Weltraume Grosses erreicht und, zieht man den Stand ihrer Industrien in Betracht, Leistungen vollbracht, die denen Amerikas mindestens gleich sind. Dagegen sind die Ergebnisse hinsichtlich der Nutzwirkungen für die gesamte Wirtschaft, d.h. der Auswertung der Entdeckungen der Raumwissenschaft zugunsten der Allgemeinheit - soweit ausländische Beobachter erkennen können - enttäuschend. Es scheint geradezu, dass der Bereich der fortgeschrittenen Technik sozusagen hermetisch abgedichtet sei und dass ihm das wirtschaftliche und politische System keinerlei Ausstrahlung erlaube. Was aber zählt, ist die Tatsache, dass die Sowjetunion trotz den Mängeln ihres Systems ihren Rang im Wettlauf nach dem Weltraum zu halten vermag, einem Wettlauf, zu dem Europa nicht angetreten ist.

Es ist wahrscheinlich nicht nötig, dass wir uns ebenfalls in dieses Abenteuer stürzen. Wichtig ist aber, dass unsere Wissenschaft und unsere Industrie einen Stand erreichen, der demjenigen der Wissenschaft und der Industrie der Raummächte ebenbürtig ist.

Werden wir unsere eigenen Errungenschaften und Vorhaben den sehr vorangetriebenen Methoden der Fiabilität anpassen können, und zwar rasch genug, damit wir nicht ins Hintertreffen geraten?

Sollen wir versuchen, die amerikanische - und sowjetische - Herausforderung auf dem Felde der grossen Unternehmungen anzunehmen?

Müssen wir auf dem einen oder andern Gebiete etwas dem Apollo-Unternehmen Gleichwertiges aufweisen? Oder sollen wir zugeben, dass ein Wettstreiten vergeblich ist und dass es besser wäre, mit Washington zusammenzuarbeiten, als Subkontrahenten mitzumachen, an den von den Vereinigten Staaten beschlossenen und ausgearbeiteten grossen wissenschaftlichen Eroberungen teilzunehmen, wenn auch nur in deren weniger bedeutsamen Stadien? Oder, um uns in philosophischer Weise auszudrücken: sollen wir unsern Beitrag an die Zukunft der Zivilisation dahin verstehen, dass wir eine europäische Gemeinschaft schaffen, die danach trachtet, dem amerikanischen und dem sowjetischen Reiche ebenbürtig zu sein, oder dass wir sofort den weiter gefassten Plan einer sogenannten westlichen Arbeitsgemeinschaft verwirklichen, die Amerika, Europa und Japan umschlüsse, in der aber den USA zwangsläufig die führende Rolle zukäme?

Was uns Schweizer anbetrifft, so ist der Zwiespalt nicht sehr beängstigend. Ob es sich um eine europäische, eine atlantische oder gar um eine weltumspannende Gemeinschaft handle, wir werden unserer Kleinheit wegen nicht entscheidend zur Bildung des politischen Willens dieser Gemeinschaft beitragen. Wir werden ein Mitglied sein, das mehr oder weniger angehört, aber mit Leichtigkeit überstimmt wird. Wir werden nie wegen etwas anderem geschätzt und anerkannt sein als wegen der Qualität unserer Intelligenz und unserer Leistungen, und wir wissen keineswegs, ob unser Platz an der Sonne in einem europäischen Rahmen behaglicher sein würde als in einem atlantischen oder einem weltweiten Rahmen.

Wie dem auch sei: Man sieht, dass die Tendenz der neuzeitlichen Welt grosse Gesamtheiten oder zum mindesten eine enge internationale Zusammenarbeit erfordert, handle es sich um die Atomenergie, um die Erschliessung des Weltraums, die Ausbeutung der Meeresgründe, die Molekularbiologie oder anderes. Ungeachtet aller politischen Hindernisse vermag man eine Tendenz zu Weltinstitutionen zu erkennen. Wenn unsere Zivilisation ihren Weg weitergehen will, so wird sie solcher Institutionen kaum entraten können. Viel mehr im Dunkel bleibt aber noch, welche Form sie annehmen werden. Es ist auch nicht klar, ob die

- 13 -

Zwischenstufe einer europäischen Organisation erreichbar oder überhaupt wünschbar ist.

Fest steht aber, und dies geht unser Departement unmittelbar an und wird ihm auch jeden Tag aufs neue bewusst, dass die Wissenschaft heute eines der Werkzeuge der Machtpolitik der grossen Staaten geworden ist. Man kann diese offenkundige Tatsache nicht mehr bestreiten; sie hat zur Folge, dass die Aussenministerien genötigt sind, diesem neuen Bereich der Aussenpolitik ihre anhaltende Aufmerksamkeit zu schenken. Es handelt sich für sie keineswegs darum, Wissenschaft zu betreiben, wohl aber, deren Entwicklungen zu verfolgen und ihre politischen Auswirkungen abzuschätzen.

III. Die Konfrontation der Supermächte

Die dritte Herausforderung, nämlich die Rivalität zwischen China, der Sowjetunion und den USA, könnte für den Weltfrieden eine Gefahr bedeuten.

Ganz allgemein kann gesagt werden, dass USA und Sowjetunion Ordnungsmächte sind, während China danach trachtet, diese Ordnung, oder vielmehr diese Ordnungen - die pax americana wie die pax sovietica - zu zerstören. Es kann des weiteren betont werden, dass Washington und Moskau ihre Zukunft auf die Entwicklung der Wissenschaft gründen müssen und dass ihre Erfolgsaussichten vom möglichst harmonischen Uebergang von der industriellen Gesellschaft zur wissenschaftlichen Gesellschaft abhängen. Das China Maos dagegen sucht sein Heil in der Kontestation, in der dauernden Revolution, im fortwährenden Infragestellen der sittlichen und materiellen Grundlagen der Gesellschaft. Fügen wir schliesslich noch bei, dass die USA und die Sowjetunion sich in die Führung der industrialisierten und entwickelten Welt teilen, während China die theoretische Hochburg des verelendeten und kinderreichen Südens ist.

Aber mit diesen Feststellungen kommen wir nicht sehr weit; sie gehören eher ins Gebiet der Soziologie als in dasjenige der Politik.

Was uns politisch unmittelbar angeht, ist, die Möglichkeiten der Friedenswahrung zu beurteilen, einen etwaigen Zusammenstoss der Mächte rechtzeitig wahrzunehmen, die Aussichten der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes oder die ihm drohenden Gefahren festzustellen.

Wir können in dem sonderbaren Dreieck, das die drei Supermächte bilden, sowohl ermutigende als auch eindeutig beunruhigende Elemente wahrnehmen.

Die Gefahren von der amerikanischen Seite des Dreiecks her haben abgenommen. Während 1965 die Aussichten für einen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China ernst waren, sind sie 1969 fast völlig geschwunden. Ursache ist der amerikanische Rückzug aus Vietnam, aber auch die Vorsicht der chinesischen Führer und ihr Mangel an Mitteln und Möglichkeiten, um im Pazifik zu operieren.

Es ist offensichtlich, dass Präsident Nixon wenig Neigung zeigt, den Weltpolizisten zu spielen und an allen heissen Punkten des Erdballs einzugreifen. Ausserdem aber - und das ist ohne Zweifel das Entscheidende - sieht Amerika ein unermessliches Tätigkeitsfeld vor sich, eine neue "Grenze", einen gewaltigen "Fernen Westen", nämlich den Weltraum, den Mond und die Planeten, die Anwendung der Wissenschaft auf die Erforschung des Sonnensystems. Hier ist etwas, wohin die Energien gelenkt werden können und das die besten Köpfe in seinen Bann zieht - ein würdiges Ziel für die Tätigkeit einer unruhigen und vorwärtsdrängenden Nation.

Auch die inneren Probleme sind ebenso gewaltig, vielseitig und verwickelt wie die Probleme der Sternenwelt, und sie erfordern rasche Lösungen. Doch das amerikanische System ist imstande, sie zu finden; es besitzt die nötige Elastizität, es hat die Fähigkeit und die Mittel dazu.

Der Machtzuwachs, den die Wissenschaft den Vereinigten Staaten verschafft, kann in diesen beiden Bereichen - dem externen und dem internen - voll und ganz genützt werden; die USA haben es nicht nötig, in einem irdischen Reiche Ausdehnung zu suchen oder zu einer Isolationspolitik zurückzukehren, welche für die grösste Macht der Welt doch wohl undenkbar wäre.

China steht seinerseits im äussersten Gegensatz zu diesen Auffassungen. Aber das von ihm verfochtene System, die dauernde Revolution Maos, das fortwährende Infragestellen der Grundlagen der Gesellschaft, scheint in China selber kaum zu verwirklichen sein; es dürfte Mao wohl kaum überdauern und übt auf die andern unterentwickelten Länder anscheinend keinen grossen Einfluss aus.

Aber Peking verfügt über die Atomwaffe. Es ist wenig wahrscheinlich, dass es von ihr einen offensiven Gebrauch macht gegen die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion; dagegen dürfte diese Waffe China zu einem unverletzlichen Reich machen und seine Verteidigung gegen jeden Angriff grossen Stils sichern. Man kann sich übrigens vorstellen, dass 800 Millionen Chinesen an sich schon ein hinreichendes Element der Abschreckung bilden!

So erscheint China auf den ersten Blick nur gefährlich für einige seiner unmittelbaren Nachbarn, aber ausserstande, die Sicherheit der Supermächte in Frage zu stellen.

Dies ist aber nicht die Ansicht der Sowjets. Wären nicht ideologische Fragen im Spiele, so könnte man nicht verstehen, warum Peking für Moskau eine derartige Beunruhigung darstellt. Gewiss besteht die Uebervölkerung Chinas in der Nachbarschaft des fast menschenleeren Sibiriens; gewiss bestehen geschichtliche Gebietsrückforderungen. Aber es gibt in dem von Peking beherrschten Asien noch weite Räume, und es gibt anderseits eine dank ihrer Ausrüstung und Ausbildung beinahe unschlagbare sowjetische Armee. Die in Moskau bekundete Furcht vor einem chinesischen Angriff hat daher etwas Uebertriebenes, Künstliches an sich.

Das Reich der Mitte überschattet Moskau, weil es der sowjetischen Machtausdehnung in Asien im Wege steht und dort dem Einfluss Moskaus die Waage hält. Zudem steht China, das zwar geographisch in der Mitte liegt, politisch auf der äussersten Linken; es lässt die revolutionäre Doktrin, in deren Falten sich der Kreml immer noch glaubt hüllen zu müssen, nach links überborden.

- 16 -

Man wird wohl annehmen können, dass die Sowjetführung durch die Furcht vor China zu jenen beiden sich widerstreitenden Bewegungen veranlasst worden ist, die wir seit einiger Zeit wahrnehmen, wovon die eine auf die Festigung des europäischen Glacis abzielt und die andere eine Entspannung mit den Vereinigten Staaten anstrebt. Diese Politik ermangelt, wie es scheint, des inneren Zusammenhangs, ausser auf sehr kurze Sicht. Eine dauerhafte Entspannung kann doch wohl nur aus einer gewissen Liberalisierung des sowjetischen Regimes hervorgehen, die notwendigerweise eine Zunahme der Selbständigkeit der europäischen Satelliten zur Folge hat. Auf der andern Seite wird jede Verstärkung des Druckes auf diese Satelliten unweigerlich ihre Entsprechung und Folge in einer Verhärtung im Innern haben, und das kann nur eine unechte Entspannung, ein Ausbleiben gegenseitiger Provokationen zwischen Amerikanern und Russen, aber keine echte, aufbauende Zusammenarbeit ermöglichen.

Aber man muss die Tatsachen zu ihrem Nennwert nehmen. Und die heutigen Tatsachen sind: eine heftige antichinesische Kampagne, die Breschnew-Doktrin und das Suchen nach einem Gespräch mit Washington. Dazu kommen noch eine Verstärkung der Intrigen im Nahen Osten, die offenkundige Absicht, das von Grossbritannien "östlich Suez" zurückgelassene Vakuum auszufüllen, sowie eine Einladung zum Abschluss antichinesischer Pakte in Asien.

Aus diesem Verhalten ziehe ich den vielleicht voreiligen Schluss, dass die Führer des Kreml nicht auf der Höhe der Situation stehen, die sie selbst herbeigeführt haben, indem sie aus der Sowjetunion eine industrielle und wissenschaftliche Grossmacht werden liessen. Sie haben Angst vor den andern, weil sie fürchten, die Umwandlung, die heute in den Vereinigten Staaten vor sich geht, werde ihnen nicht gelingen. Sie fühlen sich ausserstande, eine Gesellschaft des Ueberflusses zu entwickeln. Sie sehen nicht, wie sie mit der Staats- und Regierungsform, dank der sie herrschen, zu einer lebensfähigen wissenschaftlichen Zivilisation übergehen könnten - wie sie ihrer Lebensform einen genügend sinnvollen, wesentlichen Gehalt zu geben vermöchten, damit diese nicht von den andern verdorben werden könnte, und vor

- 17 -

alles, damit diese Lebensform Ausstrahlungskraft besitze dank den eigenen Vorzügen und nicht durch die Macht der Waffen. Es ist, mit einem Wort, ihr relativer Misserfolg im Innern, der die Sowjets nach aussen gefährlich macht.

Es scheint mir infolgedessen, dass die auf dem Weltfrieden lastenden Gefahren ihre Hauptquelle in Moskau haben. Nicht weil die Sowjetunion die Absicht hätte, den gegenwärtigen Zustand zu ihren Gunsten zu ändern, was nur eine zweite Wirkung ihrer Politik wäre, sondern weil ihr Regime nicht dem Stande ihrer Kultur, ihrer Wirtschaft und ihrer Wissenschaft entspricht. Die Krise ist so schwer, dass sie durch eine oberflächliche Aenderung im sowjetischen System nicht überwunden werden könnte; vielmehr müsste das System selbst einer Umwandlung von Grund auf unterzogen werden. Es ist aber klar, dass die Nutzniesser des Systems nicht die Absicht haben, sich zu opfern.

Sie klammern sich deshalb an die Macht, was sie zu einem für sie so unheilvollen Unternehmen wie die Intervention in der Tschechoslowakei geführt hat und was sie vielleicht zu weiteren Abenteuern drängen könnte.

Lassen Sie mich abschliessend kurz auf die Risiken zurückkommen, welche die drei von mir erwähnten Herausforderungen in sich bergen.

Für die nahe Zukunft betrachte ich diejenigen, welche aus der Kontestation im Westen und aus den Revolten in der Dritten Welt erwachsen, nicht mit übermässigem Pessimismus. Sicherlich darf man sie nicht für bedeutungslos halten, und alle verantwortungsbewussten Menschen müssen dazu beitragen, die Ursachen der Spannung, des Missbehagens und der Ungerechtigkeiten, deren sichtbares Anzeichen sie sind, zu beseitigen. Aber dies ist eine Aufgabe, deren Inangriffnahme und erfolgreiche Lösung möglich sind.

Eine gefährlichere Herausforderung erwächst aus dem wissenschaftlichen Fortschritt, weil dieser ein solches Tempo annimmt, dass er sofortige Wandlungen in unseren Auffassungen und Methoden verlangt. Der Westen im allgemeinen und die Vereinigten Staaten im besonderen scheinen erkennen zu lassen, dass sie der Prüfung gewachsen sind und die erforderlichen Fähigkeiten haben, um sie zu bestehen.

Aber die Sowjetunion, die technisch auf der Höhe der Zeit ist, leidet unter einem Regime, das anscheinend einer Anpassung unfähig ist und die dies unglücklicherweise nicht zugeben will. Sie ist daher, um es aufrecht zu erhalten, zu äusserst gefahrvollen Taten geneigt. In meinen Augen ist es diese zweite Herausforderung, die wissenschaftliche, die den Hauptgrund der Gefahren darstellt, welche die dritte Herausforderung jetzt in sich birgt, jene der Rivalitäten zwischen den drei Supermächten. Und eben die Unfähigkeit des Kremls, diese Herausforderung der Wissenschaft anzunehmen, kann den Frieden in Frage stellen.

Bleibt uns diese Prüfung erspart - eine Prüfung eher der Schwäche als der Stärke -, so werden die Probleme der Dritten Welt eine erneute Verschärfung erfahren. Aber die Hilfe, die der industrielle Norden dann dem unterentwickelten Süden gewähren könnte, würde der Hoffnung Raum geben.

Botschafterkonferenz 1969Das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen

Einleitendes Referat von Bundesrat Dr. W. Spühler
an der Sitzung vom 3. September 1969

Wir wollen uns heute Nachmittag namentlich mit dem Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen befassen, den der Bundesrat am 16. Juni 1969 an die Bundesversammlung gerichtet hat. Dieser Bericht ist Ihnen zugestellt worden, so dass ich wohl darauf verzichten kann, seinen Inhalt näher zu erläutern.

Wie Sie feststellen konnten, sieht der Bundesrat im gegenwärtigen Zeitpunkt davon ab, den eidgenössischen Räten den Beitritt zu empfehlen, weil die angestellten Untersuchungen keine völlig eindeutige Schlussfolgerung zulassen.

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht und möchte auch Ihnen gegenüber nicht verschweigen, dass ich es persönlich begrüsst hätte, wenn aus dem Bericht der Schluss hätte gezogen werden können, das weitere Fernbleiben der Schweiz von der UNO rechtfertigt sich nicht mehr und der Beitritt - immer unter Wahrung unseres Neutralitätsstatus - sei anzustreben. Ich achte und anerkenne durchaus die massgeblichen Gründe, die den Bundesrat bewogen haben, von diesem Schritt, wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt, noch abzusehen. Insbesondere bin ich selbst genug Realpolitiker, um zu erkennen, dass ein negativer Volksentscheid in dieser Frage unserer internationalen Stellung nicht förderlich wäre. Andererseits ist gerade dieses Argument, wie auch in zahlreichen Pressekommentaren zum Ausdruck gekommen ist, wenig befriedigend, weil es Zweifel sowohl am Führungswillen der Regierung als auch an der politischen Reife unseres Volkes weckt.

Wenn ich mich zur These bekenne, dass die Schweiz einen Beitritt - ich wiederhole: unter Wahrung ihres Neutralitätsstatus -

- 2 -

anstreben sollte, so lasse ich mich dabei insbesondere von der Ueberlegung leiten, dass sich die Völkergemeinschaft heute vor riesige Aufgaben gestellt sieht, an deren Lösung wir unmittelbar interessiert sind und an die wir deshalb auch unsern Beitrag leisten sollten. Gewiss, wir sind fast ausnahmslos Mitglied der technischen UNO, die viele dieser Aufgaben angepackt hat; doch ist ihre ganze Tätigkeit letztlich von der alles beherrschenden Frage abhängig, ob es gelingen wird, auf unserem Planeten die politischen Bedingungen zu schaffen, die es überhaupt erlauben, die der ganzen Menschheit gestellten Aufgaben zu lösen. Wohl bin ich mir bewusst, dass die politische UNO noch keineswegs als Garant für den Weltfrieden in Erscheinung tritt, sondern diese Rolle weitgehend jenen Supermächten überlassen muss, die es in der Hand haben, die Erde in Schutt und Asche zu verwandeln. Staatsmänner, Philosophen und Wissenschaftler auf der ganzen Welt haben jedoch in den letzten Jahren immer häufiger und nachdrücklicher die Warnung ausgesprochen, dass die Menschheit nicht nur durch die Atomwaffen bedroht ist, sondern durch Entwicklungen und Erscheinungen, die heute vielleicht noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erfassbar sind, die jedoch schon in den nächsten Jahren für die menschliche Gemeinschaft Gefahren von ganz neuen Dimensionen heraufbeschwören könnten, denen nur auf universeller Basis begegnet werden kann.

Ich möchte mich keineswegs einer pessimistischen Futurologie hingeben, wie sie heute da und dort betrieben wird, doch wäre es meines Erachtens kurzsichtig, die Alarmsignale, die uns die Wissenschaftler geben, zu überhören. In der kurzen Zeitspanne unseres Lebens sind wir Zeugen der Atomspaltung, der Dechiffrierung des genetischen Codes, der Hochzüchtung der Computer und der Mondlandung geworden. Dadurch sind der Natur Geheimnisse unserer Schöpfung abgerungen worden, die den Horizont der menschlichen Erkenntnis weit ausdehnen und grossen Nutzen für die Menschheit in sich schliessen, aber auch deren Verhängnis bedeuten können. Wir sind gleichzeitig Zeugen geworden eines beängstigenden Bevölkerungszuwachses, eines rasch fortschreitenden Zerfalles unserer natürlichen Umgebung und wachsender sozialer Unrast und Auflehnung gegen die bestehende Ordnung. All dies

- 3 -

- wissenschaftliche und technologische Entwicklung einerseits, politisch-soziologische Desintegration andererseits - hängt irgendwie zusammen, ohne dass es heute schon möglich wäre, die daraus resultierenden Gefahren genau zu definieren oder gar die zur Abwendung dieser Gefahr notwendigen Massnahmen zu erkennen.

In massgebenden wissenschaftlichen Kreisen - ich erwähne hier nur den sogenannten "Römer Club" - hat sich jedoch das Bewusstsein herausgebildet, dass die Zukunft des "Raumschiffes Erde" (um einen Ausdruck von Barbara Ward zu gebrauchen) nur gemeistert werden kann, wenn die gesamte Menschheit sich solidarisch verhält und wenn sich die Politik auf langfristige und globale Konzeptionen ausrichtet.

Dazu bedarf es selbstverständlich eines Mechanismus, einer Organisation mit universellem Charakter. Was läge näher, als sich an die Organisation zu halten, welche zwar alles andere als perfekt ist, aber den Vorteil hat, bereits zu bestehen: Die Vereinten Nationen!

Wenn man den gleichen wissenschaftlichen Kreisen, von denen ich gesprochen habe, Glauben schenkt, so dürfte sich die menschliche Gesellschaft schon in relativ naher Zukunft vor Optionen gestellt sehen, die politische Willensakte von globaler Tragweite erheischen. Aus rein zeitlichen Gründen ist es schlechterdings undenkbar, hierfür eine andere, eine neue Organisation ins Leben zu rufen.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass die Frage: "Beitritt oder nicht?" für unser Land keine Existenzfrage darstellt. "Felix Helvetia" - die "glückliche Schweiz" wird auch ausserhalb der Vereinten Nationen ihre internationalen Beziehungen regeln und ihren Wohlstand mehren können. Was ich befürchte, ist weniger die Isolierung der Schweiz, als die Isolierung des schweizerischen Bürgers. Die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen ist im übrigen nicht eine Einbahnstrasse. Es geht nicht nur darum, in der UNO unsere Stimme zu erheben und Beiträge zu zahlen. Viel wichtiger als das, was wir der UNO bieten können, ist das, was diese uns zu bieten vermag: das Gespräch mit den andern Bewohnern dieser Erde, die Teilnahme an ihren Problemen und an der Förderung unseres friedlichen Zusammenlebens, das Bewusstsein der menschlichen Schicksalsgemeinschaft und vor allem das Vertrautwerden mit den

- 4 -

Methoden des "Crisis-management" auf weltweiter Ebene, von dem, angesichts der geschilderten Entwicklungen in Wissenschaft und Technik, letztlich auch unsere Zukunft abhängen wird.

Wie hat die schweizerische Oeffentlichkeit reagiert?

Als die schweizerische Sektion der "Europa-Union" dieses Frühjahr ihre Petition zugunsten eines Beitritts der Schweiz zur UNO zur Zeichnung auflegte, erwarteten die führenden Leute dieser Bewegung 100'000 Unterschriften. Die Sammlung ist zwar noch nicht abgeschlossen; bis Mitte August ergab sie jedoch nur 15'000 Unterschriften. Ungefähr zur selben Zeit befragte das "Schweizerische Institut für öffentliche Meinungsforschung", über dessen demoskopische Treffsicherheit ich mir allerdings kein Urteil zu bilden vermag, 1'000 Schweizer und Schweizerinnen aller Schichten und Landesteile, ob ihrer Ansicht nach die Schweiz der UNO beitreten sollte: es erhielt 40 % zustimmende Antworten.

Ich hüte mich, aus diesen Zahlen Schlüsse zu ziehen. Ich sehe hierin jedoch den Ausdruck der Unsicherheit und leider auch der Unkenntnis, in der sich ein grosser Teil der Oeffentlichkeit befindet. Die Bedeutung, die wir dem Bericht im Hinblick auf die Information beimessen, ist deshalb sicher gerechtfertigt.

Es ist zu erwarten, dass das Echo auf den Bericht grösser werden wird, sobald die Angelegenheit vor den eidgenössischen Räten zur Behandlung gelangt. Die aussenpolitische Kommission des Nationalrats wird den Bericht nächste Woche prüfen; der Rat selbst wird sich in seiner Herbstsession damit befassen, der Ständerat in der Dezember-Session.

Die nächsten vier Monate werden also in reichlichem Masse Gelegenheit zu einer breiten Diskussion bieten. Die "Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik" z.B. hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die bereits einen ersten Bericht ausgearbeitet hat, dessen Schlussfolgerungen, wie ich gehört habe, über diejenigen des Bundesrates hinausgehen.

- 5 -

Im allgemeinen ist der Bericht günstig aufgenommen worden; es ist offenkundig, dass er einem echten Bedürfnis, die Situation zu klären, entspricht. Der geschichtliche Teil und die tatbeständlichen Ausführungen des Berichtes wurden vorbehaltlos begrüsst. Wir versprechen uns davon eine Korrektur irriger Vorstellungen, die in der Oeffentlichkeit immer noch vorherrschen.

Ueber den zweiten, politischen Teil gehen die Meinungen naturgemäss stark auseinander. Eine Kritik, die immer wiederkehrt, ist, dass die Konklusionen nicht ganz im Einklang mit dem Tenor des Berichtes stehen. Dieser Vorwurf gilt vor allem der grundsätzlichen Frage nach der Vereinbarkeit von Neutralität und UNO-Charta.

Ein anderer Vorwurf, den man in vielen Variationen zu hören bekommt, lautet, der Bundesrat nehme die ablehnende Haltung oder zumindest die Passivität der Mehrheit des Volkes der UNO gegenüber zum Vorwand, um einem konkreten Vorschlag auf Beitritt auszuweichen. Dieser Vorwurf ist, da er Zweifel am Führungswillen der Regierung weckt, ein grundsätzlicher.

Der Bericht dürfte ein doppeltes Ziel erreicht haben. Einerseits wird der Bundesrat besser über den Stand der Meinungen in der Schweiz und im Ausland informiert werden. Andererseits wird der Bericht unsere Oeffentlichkeit mit den Gegebenheiten des Problems besser vertraut machen und damit dazu beitragen, die schweizerische Bevölkerung auf eine Entscheidung vorzubereiten, vor welche sie in einer näheren oder ferneren Zukunft zweifellos einmal gestellt sein wird.

Was die Information des Auslandes betrifft, so bedürfen wir Ihrer Mithilfe, meine Herren. Ich bitte Sie, den Bericht, von dem wir noch eine englische Uebersetzung machen lassen, den zuständigen Stellen der Aussenministerien zu überreichen und diese auch über den Ausgang der Debatten in den Räten zu informieren, wobei allerdings der Eindruck vermieden werden muss, der Bundesrat sei seiner Sache nicht sicher, oder er stehe im Begriffe, Sondierungen im Hinblick auf ein Beitritts-gesuch vorzunehmen. Die Aufgabe ist nicht leicht, weil es eine Illu-

- 6 -

sion wäre, anzunehmen, die Welt habe nur auf diesen Bericht gewartet, und er werde wie ein "Bestseller" gelesen. Immerhin dürfen wir schon auf ein gewisses Interesse zählen. Dies geht jedenfalls aus Aeusserungen ausländischer Botschafter in Bern hervor. Mit blossen Höflichkeitsantworten, wie etwa: "Die Schweiz hat ganz recht, wenn sie diesem Schwatzclub nicht beiträgt", ist uns natürlich nicht gedient.